

heranzugehen und nicht leichtfertig oder voreilig irgendwelche sinnvollen Standards über Bord zu werfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank Herr Kollege Mistol. – Bevor ich dem Herrn Staatssekretär Eck die Gelegenheit gebe, für die Staatsregierung Stellung zu nehmen, darf ich auf der Tribüne herzlich eine Delegation des Landtags der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol unter der Leitung von Herrn Landtagspräsidenten Dr. Thomas Widmann begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Südtirol und Bayern verbindet seit Langem eine enge Freundschaft und eine Partnerschaft, die gerade auch auf parlamentarischer Ebene sehr gepflegt wird. Umso mehr freuen wir uns über unsere Gäste, die mit dem Präsidium des Hohen Hauses, mit Vertretern der Fraktionen und der Ausschüsse gestern und vorgestern Gespräche geführt haben.

Ich heiße Sie, geehrte Gäste, sehr herzlich willkommen hier in unserer Plenarsitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimreise, die Sie heute noch antreten werden. Herzlichen Dank für Ihren Besuch!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatssekretär Eck, ich danke Ihnen für Ihre Geduld. Sie haben jetzt das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will es nicht allzu lange machen und nur noch eine besondere Situation deutlich ansprechen. Ich bin überzeugt, dass es sich hier bei diesem Thema um einen Kraftakt unserer bayerischen Politik handelt. Deshalb will ich herzlich darum bitten, verschiedene Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen wurden, nicht ganz außer Acht zu lassen. Wenn wir heute über Normen reden, über aufgeblähte Apparate und gesetzliche Regelungen, möchte ich doch darauf hinweisen, dass wir über die Stellplatzregelung bereits im Jahre 2014 diskutiert und eine klare Entscheidung getroffen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: 13!)

In diesem Zusammenhang wurden wir dazu aufgefordert, sogar Stellplätze für Fahrräder zu schaffen. Da muss ich an dieser Stelle schon sagen: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! – Wenn politische Gruppierungen einerseits von Entschlackung reden, aber andererseits solche Dinge fordern, dann passt das nicht zusammen.

Dass dieser Antrag nun gestellt worden ist, freut mich; denn wir bekommen dadurch enormen Rückenwind für unser Handeln und Tun. Herzlichen Dank dafür, dass das parteiübergreifend unterstützt wird.

Mit Blick auf das Naturschutzrecht, das Immissionschutzrecht, die EnEV, das Baugesetzbuch und vieles mehr bitte ich, nicht zu vergessen, dass wir in Berlin zwar auf breiter Front kämpfen, aber oftmals völlig alleingelassen sind. Deshalb bitte ich die Fraktionen, sich in ihren Reihen dafür einzusetzen und vielleicht die große Güte zu besitzen, unsere Vorschläge ein Stück weit mitzutragen, damit wir die entsprechenden Weichenstellungen vornehmen können. Das wäre für uns die Grundvoraussetzung, um die exorbitanten Preissteigerungen in den Griff zu bekommen.

Ich will noch eine Zahl ansprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen von einem Kraftakt gesprochen. Ich will damit unser Tun unterstreichen. Minister Herrmann und ich haben in allen sieben Regierungsbezirken Baukonferenzen abgehalten und die Problematik auf breitester Front bis hinunter zur kommunalpolitischen Ebene diskutiert. Darin waren sowohl die Kirchen und die freie Wirtschaft als auch Ämter- und Behördenvertreter einbezogen. Im Rahmen des Wohnungspakts Bayern werden allein für die erste Säule 70 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit wollen wir circa 3.300 Wohnungen schaffen. Was uns besonders freut: Es sind bereits 14 Projekte sind am Laufen, ein Projekt wird bereits im Frühjahr fertiggestellt.

Ich meine, das sind ganz tolle Situationen. Wenn man von der Beschlussfassung vom Oktober ausgeht – jetzt schreiben wir Januar –, dann sind das ausgezeichnete Voraussetzungen.

Wenn Sie die zweite Säule, die Kommunen, betrachten, dann stellen Sie fest: Die Kommunen können nach Bedarf völlig selbstständig entscheiden. Dort stehen bis 2019 150 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Damit sollen bis zu 1.500 Wohnungen erstellt werden, nicht nur für Flüchtlinge, wie am Anfang diskutiert worden ist, sondern damit soll ganz breit sozialer Wohnungsbau ermöglicht werden. Das ist ausgezeichnet.

Wichtig ist mir – darum möchte ich es auch noch ansprechen –: Auch die Modernisierung von Bestandswohnungen wird gefördert. Die Umnutzung von anderweitig genutzten Gebäuden wird gefördert bis hin zu Grunderwerb und auch Abbruchmaßnahmen, die für Wohnungsbaumaßnahmen nötig sind. Ich meine, wir sind hier ausgezeichnet aufgestellt.

Ein letzter Satz dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen: 2,6 Milliarden Euro – die Summe ist noch nicht ange-